



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59

Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:

BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden

Kto. 110 241 700

BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maiertl

Wiesbaden, 07.03.2007

Pressemitteilung :

PPP-Projekt Justiz- und Verwaltungszentrum

Das PPP-Verfahren für Bau und Betrieb eines Justiz- und Verwaltungszentrums findet unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Suche nach dem Investor hat Anfang 2005 begonnen, jetzt, nach zwei Jahren soll das langwierige und teure Verfahren durch einen Beschluß des Stadtparlaments beendet werden.

Der Planungsausschuß hat dem Ergebnis bereits zugestimmt. Es wird, ohne daß die Öffentlichkeit irgend etwas in dieser Geheimsache erfährt, über die Wirtschaftlichkeit und architektonische Gestaltung eines ganzen neuen Stadtviertels entschieden. Eine öffentliche Diskussion hat auch nicht im Ansatz stattgefunden. Nach unserer Auffassung hätte zu einem so wichtigen Projekt eine Bürgerversammlung nach §8a der HGO stattfinden müssen. Wir bezweifeln, daß ein PPP-Projekt, das so gehandhabt wird, überhaupt mit dem Grundsatz der Volkssouveränität vereinbar ist. Haben die Grünen sich nicht immer für Bürgerbeteiligung stark gemacht? Mit PPP-Projekten dieser Art tragen sie dazu bei, den Bürgern das Mitspracherecht bei der Stadtgestaltung zu nehmen.

Das PPP-Projekt soll preiswerter sein als ein Eigenbau der Gemeinde. Wer soll das ohne eigene Beteiligung der Öffentlichkeit d.h. auch unabhängiger Fachleute beurteilen können? Die Stadtverordneten müssen sich auf das verlassen, was ihnen die Verwaltung vorträgt. Eine Überprüfung ist nicht möglich, eine Ablehnung auch nicht, weil damit das ganze Verfahren gescheitert wäre und niemand die dafür und die damit verbundenen Kosten verantwortlich sein wird. Wir haben ja vorausgesagt, daß die Jamaika-Koalition anstandslos alles akzeptieren wird, was ihr da vorgesetzt wird.

Die Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten ist sehr umstritten. Kritiker sind der Meinung, daß PPP gegenüber dem Eigenbau Mehrkosten bringen, daß nur eine Verschiebung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt stattfindet und langfristig die Kosten für die öffentliche Hand steigen. Weil verfassungsrechtlich nicht legitimierte Private Entscheidungen treffen, kann das dazu führen, daß öffentliche Mittel nicht für das Gemeinwohl, sondern für Privatzwecke verwendet werden.

Was die Architektur anlangt: die Volksvertreter bekommen ein einziges Modell vorgesetzt und können nicht anders als zustimmen. Auch hier gibt es keine öffentliche Debatte, die verschiedenen Modelle unterliegen dem strengsten Gebot der Geheimhaltung. Am Ende wird die Bevölkerung mit dem fertigen Ergebnis konfrontiert und hat sich damit abzufinden. Nach unserer Kenntnis wäre es möglich gewesen den Architekturwettbewerb abzutrennen und so wenigstens eine Teilöffentlichkeit herzustellen.

Wir halten dieses ganze Verfahren für undemokratisch und lehnen das Ergebnis kategorisch ab. Die BLW war von Anfang an gegen den Umzug der Gerichte und der Auslagerung von Ämtern. Die Initiative Moritzstraße unterstützen wir und finden es richtig, daß das ganze Projekt an der Mainzer Straße in Frage gestellt wird.

Dr. Michael von Poser, Fraktionsvorsitzender